

un fondement de droit privé : le traitement d'un régent apparaît non point comme la rémunération d'un louage de services, mais comme l'équivalent légal d'un service public. Les art. 50 et suivants du même Code ne peuvent également pas être invoqués, puisque la responsabilité de la commune ne peut avoir sa source que dans les principes du droit public, et se trouve régie par le droit cantonal.

Au fond, la commune reprend les arguments de sa réponse à la demande, et s'en réfère au jugement de la Cour.

Statuant sur ces faits et considérant en droit :

1° Comme la valeur du litige exigée par la loi existe en l'espèce, et que la contestation est sans aucun doute de nature privée, la compétence du Tribunal fédéral ne dépend que du point de savoir si c'est le droit fédéral ou le droit cantonal qui doit trouver son application dans la cause.

2° Or le demandeur qualifie sa demande d'action ensuite d'actes illicites dans le sens des art. 50 et suivants C. O., il intente ainsi une action de droit fédéral, basée sur un délit. Le Tribunal fédéral est dès lors incontestablement compétent, en la forme, pour en connaître.

3° La dite action apparaît toutefois dès l'entrée comme dénuée de fondement. Il est, en effet, évident qu'il ne saurait être ici question d'un acte illicite, que dans le cas où la commune défenderesse aurait mis fin sans droit aux fonctions du demandeur. Or la question de savoir si tel est le cas, ou si les dites fonctions du sieur Lugin n'ont pas plutôt pris fin ensuite d'une cause d'extinction légale, doit être résolue, à teneur de l'art. 349 C. O., non point en application du droit fédéral, mais du droit cantonal. Le demandeur lui-même reconnaît d'ailleurs que ce qui concerne sa nomination aux prédites fonctions est soumis au droit cantonal, et non au droit fédéral. La question dont il s'agit échappe dès lors au contrôle du Tribunal fédéral ; elle a été tranchée par le jugement dont est recours dans ce sens que les fonctions du demandeur ont pris fin ensuite d'une cause légale d'extinction. Cette circonstance enlève à l'action ex delicto, intentée par le sieur Lugin, toute base juridique. Il n'est, dès lors, pas nécessaire

d'examiner si la dite action ne devrait pas être repoussée par le motif que la commune défenderesse, en sa qualité de personne juridique, ne saurait, comme telle, commettre de délits, ni être déclarée responsable de ceux perpétrés par ses représentants.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est écarté, et le jugement rendu entre parties par la Cour civile du canton de Vaud, le 30 Janvier 1894, est maintenu tant au fond que sur les dépens.

VII. Haftpflicht für den Fabrik- und Gewerbebetrieb.

Responsabilité pour l'exploitation des fabriques.

41. Urteil vom 7. Februar 1894 in Sachen
Rüegg gegen Imber.

A. Durch Urteil vom 6. Dezember 1893 hat die Appellationskammer des Obergerichts des Kantons Zürich erkannt: Der Beklagte wird bei seiner Erklärung behaftet, daß er dem Kläger den Lohnausfall mit 64 Fr. und die Heilungskosten mit 35 Fr. 10 Cts. ersetzen wolle; im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

B. Gegen dieses Urteil erklärte der Kläger die Berufung an das Bundesgericht, bei dem er folgende Anträge stellte:

a. Es sei ihm das Armenrecht zu gewähren;

b. Das appellationsgerichtliche Urteil sei aufzuheben, die Klage grundsätzlich gutzuheißen und der Beklagte zu verpflichten, an den Kläger für bleibenden Nachteil eine Entschädigung von 2000 Fr. samt Zins à 5 % vom 15. Mai 1893 an zu bezahlen.

Mit Eingabe vom 1. Februar 1894 beantragt der Beklagte Bestätigung des genannten Urteils der Appellationskammer des

zürcherischen Obergerichts, eventuell erhebliche Ermäßigung der Entschädigung auf höchstens den vom Bezirksgericht Zürich in erster Instanz gutgeheißenen Betrag von 1200 Fr. für bleibenden Nachteil.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Gottlieb Kuegg von Hittnau, Kanton Zürich, geb. 1875, trat im März 1893 als Tagelöhner in Arbeit bei Fridolin Imber, der in Zürich eine Weinwarenfabrik betreibt, und bezog daselbst einen Lohn von 3 Fr. 20 Cts. per Tag. Er hatte in erster Linie landwirtschaftliche Arbeit zu verrichten, wurde aber auch hie und da in der Fabrik als Handlanger benutzt und hatte daher auch etwa Anlaß, in den Fräsenraum zu gelangen. Am 20. April 1893 erhielt er den Auftrag, die Reservoirs für die auszufledenden Knochen im Dampfhaus zu leeren. Da er dort eine mit Knochen gefüllte Tanse bemerkte, von der er wußte, daß sie in das Fräsenhaus gehöre, so lud er sie auf den Rücken und schaffte sie selber hin. Dort war ein Knochenfräser, Heinrich Weber mit Namen, an den in Gang befindlichen Fräsen beschäftigt; ein zweiter, Johann Baptist Leins, kam eben hinzu, als Kuegg in das Lokal trat, und wurde von diesem befragt, wo er die Tanse hinstellen sollte. Leins wies den Kuegg an, die Tanse auf seinen Platz zu stellen; als dieser sich ferner anschickte, selbe auf das Vorbrett der Fräse zu leeren, rief er ihm zu, dies nicht zu tun, und wollte ihn zurückziehen. Es war jedoch zu spät, indem ein Knochen von der Fräse dem Kuegg an das linke Auge geschleudert wurde. Dieses mußte herausgenommen und durch ein künstliches ersetzt werden. Kuegg war infolge dessen 20 Tage arbeitsunfähig. Dessen Vater erhob sodann vor Bezirksgericht Zürich Klage aus Haftpflicht, indem er unter Anderm für bleibenden Nachteil 4500 Fr. verlangte, statt deren ihm genannte Instanz 1200 Fr. zubilligte. Auf erfolgte Appellation Imbers kam das eingangs erwähnte Urteil der Appellationskammer zu Stande, welches im Wesentlichen wie folgt motiviert ist: Die Arbeit, bei welcher G. Kuegg vom Unfall betroffen worden sei, stelle sich als Hilfsarbeit im Sinne des Art. 4 des erweiterten Haftpflichtgesetzes dar. Die Anwendbarkeit des letztern werde dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Verunglückte sonst vorherrschend landwirtschaftliche Arbeiten zu

verrichten hatte, und wenn auch öfter, so doch nur mehr gelegentlich Handlangerdienste tat. Ein Verschulden des Beklagten liege nicht vor, indem eine, sei es ganze, sei es teilweise, Verschaltung der Fräse laut übereinstimmenden, durch den Augenschein bestätigten Zeugenaussagen die Benutzung der Maschine beeinträchtigen und das Sägen längerer Knochen geradezu verunmöglichen würde, deshalb auch vom Fabrikinspektorat allem nach nicht gefordert worden sei, ferner aber speziell eine bloß teilweise Verschaltung den Unglücksfall nicht absolut hätte verhindern können. So wenig aber wie ein Verschulden des Beklagten liege ein solches der Angestellten desselben vor, indem keiner derselben den Kläger aufgefordert habe, die Knochen in den Fräsenraum zu tragen, und von ihnen auch nicht verlangt werden könne, daß sie den dort eintretenden Kläger auf die Gefahren der Maschine aufmerksam machten. Speziell könne Leins daraus kein Vorwurf gemacht werden, daß der Kläger seine Weisung, die Tanse abzustellen, nicht befolgt und seinen nachherigen Zuruß dieselbe nicht zu leeren, vielleicht nicht gehört habe. Der andere Knochenfräser Weber sodann sei durch seine äußerst gefährliche Arbeit vollständig in Anspruch genommen gewesen und habe um so weniger Grund gehabt, sich um den Kläger zu kümmern, als er bemerkte, wie Leins demselben die nötigen Instruktionen erteilte. Sei demgemäß die Anwendbarkeit des Art. 1 des Fabrikhaftpflichtgesetzes auszuschließen, so ergebe sich im Fernern auch der Ausschluß des Art. 2 gleichen Gesetzes aus dem Selbstverschulden des Klägers, das zwar nicht in dem wohl als Übereifer zu betrachtenden Transport der Tanse in den Fräsenraum, wohl aber darin zu finden sei, daß derselbe die Tanse neigte, um die Knochen auf den Fräsentisch zu leeren. Möge nämlich Kläger den Zuruß des Leins, nicht auszuleeren, gehört haben oder nicht, und abgesehen von der ihm durch den gleichen Fräser erteilten Anweisung, habe Kuegg durch den Anblick des verhältnismäßig engen Tisches einsehen müssen, daß bei Ausleerung von Knochen auf denselben diese leicht an die in Rotation befindliche Fräse geraten und ihn dadurch gefährden könnten. Da also nach dem Gesagten einzig und allein ein Verschulden des Klägers vorliege, so müsse dasselbe, so gering es auch sei, als ausschließliche Ursache des Un-

falls betrachtet werden und die Einrede des Selbstverschuldens begründen. Es sei daher die Klage, soweit sie vom Beklagten nicht anerkannt sei, also namentlich bezüglich des für bleibenden Nachteil geforderten Postens abzuweisen.

2. Wie die Vorinstanzen mit Recht ausgesprochen haben, hat die Haftpflichtgesetzgebung offenbar auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden, indem die Verletzung des Klägers anlässlich einer mit dem Betrieb in Zusammenhang stehenden Hilfsarbeit im Sinne des Art. 4 des erweiterten Haftpflichtgesetzes erfolgte. Daß dieselbe einen Arbeiter traf, der sich gewöhnlich nicht in der Fabrik und auch nicht bei solchen Hilfsarbeiten, sondern zumeist beim landwirtschaftlichen Betrieb des gleichen Unternehmers zu betätigen hatte, kann jedenfalls an der Haftpflicht des letztern nichts ändern, indem der beim Betrieb oder einer Hilfsarbeit verletzte Arbeiter schlechtweg die Haftpflicht für sich geltend machen kann, ohne etwa noch dartun zu müssen, daß seine Dienstverrichtungen vorherrschend oder gar ausschließlich in näherer oder entfernterer Beziehung zum Fabrikbetriebe gestanden seien. Es scheint denn auch, daß die bezügliche Einrede vom Beklagten fallen gelassen wurde, da er derselben in der Berufungsschrift keine Erwähnung getan hat.

3. So wenig die Tatsache, daß Rüegg bloß gelegentlich in der Fabrik arbeitete, den Ausschluß der Haftpflicht zu begründen vermag, so sehr fällt sie andererseits bei Beantwortung der Verschuldensfrage in Betracht. Wird nämlich in dieser Beziehung zunächst geprüft, ob im Sinne des Art. 1 des Fabrikhaftpflichtgesetzes ein Verschulden des Arbeitgebers oder eines seiner Repräsentanten v. vorliege, so steht nach dem Gesagten eben fest, daß Rüegg vor allem als Landarbeiter in Dienst genommen wurde, sein Arbeitgeber somit gar keinen Grund hatte, bei ihm außer den Fähigkeiten eines Landarbeiters noch diejenige eines Fabrikarbeiters und vor allem die Vertrautheit mit der spezifischen Gefährlichkeit des Maschinenbetriebs voranzusetzen. So lange er ihn nur für die landwirtschaftlichen Verrichtungen brauchte, war auch gar kein Anlaß gegeben, in dieser Beziehung für Belehrung des Rüegg zu sorgen; anders gestaltete sich dagegen die Sache, sobald er ihn auch in der Fabrik verwendete und ihm namentlich, wie in der

Tat geschehen, den Zutritt und die Betätigung im Fräsenraum gestattete, zum mindesten aber nicht verbot. Dadurch erwuchs nämlich dem Arbeitgeber, namentlich auch mit Rücksicht auf die Jugend des Arbeiters, die Pflicht, auf irgend eine Weise dafür zu sorgen, daß der unerfahrene Arbeiter mit der Gefährlichkeit des Fräsenbetriebs bekannt gemacht werde. Darin, daß dies nicht geschehen, liegt ein Verschulden, welches den Unfall mitverursacht hat. Dem gegenüber ist freilich darauf hingewiesen worden, daß der Arbeiter Leins den Rüegg anwies, die Lanse auf seinen Platz zu stellen, daher letzterer hätte gehorchen und nicht dieselbe leeren sollen, sowie daß Leins ferner ihm „nicht ausleeren“ zurief. Allein was diesen Zuruf anbetrifft, so gibt Leins selber zu, daß Rüegg ihn vielleicht nicht gehört habe und ist dies beim Geräusch der in Bewegung befindlichen Fräsen jedenfalls sehr wohl glaubhaft.

4. Mit diesem Verschulden des Beklagten konkurriert nun freilich ein solches des Klägers. Dieses liegt zwar nicht darin, daß er die ihm aufgetragene Arbeit für einen Augenblick verließ, um eine fremde Arbeit zu verrichten, indem dies wohl mit der Vorinstanz als ein an sich gewiß nicht tadelnswerter Übereifer betrachtet werden muß. Dagegen steht außer Zweifel, daß Rüegg, trotz seiner Jugend bei einiger Überlegung hätte einsehen müssen, daß die von ihm in's Werk gesetzte Manipulation der Ausleerung von Knochen auf dem schmalen Fräsenbrett gefährlich sei und eine Berührung der Knochen mit der schnell rotierenden Fräse ihn gefährden könnte. Daß er in Wirklichkeit daran nicht gedacht, muß jedenfalls eine bedeutende Reduktion der Ersatzpflicht des Arbeitgebers im Sinne von Art. 5 litt. b des Fabrikhaftpflichtgesetzes begründen.

5. Die erste Instanz, Bezirksgericht Zürich, welche ein Verschulden des Beklagten nicht annahm, hatte nun in Berücksichtigung der gesamten Sachlage die an Rüegg auszufolgende Entschädigung auf 1200 Fr. festgesetzt. In Anbetracht des auf etwas über 900 Fr. anzuschlagenden Jahresverdienstes des Klägers kann gesagt werden, daß die genannte Summe einerseits zum erlittenen bleibenden Nachteil, andererseits zum Entschädigungsmaximum des Fabrikhaftpflichtgesetzes in richtigem Verhältnis stand und den Reduktionsgrund des eigenen Mitverschuldens in

angemessener Weise in Anschlag brachte. Dagegen ist bei der hierseitigen Ausmessung der Entschädigung nicht außer Acht zu lassen, daß ein Verschulden des Beklagten allerdings angenommen wird, mag dasselbe auch kein schweres sein. Es rechtfertigt sich unter diesen Umständen, auf Grund des genannten, zu Lasten des Beklagten hier neu konstatierten Schuldmoments die Schadenersatzsumme von 1200 Fr. auf 1500 Fr. zu erhöhen. Zu diesen kommen dann noch selbstverständlich gemäß Art. 6 litt. b die übrigens anerkannten Heilungskosten samt Lohnausfall.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

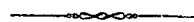
Die Berufung des Klägers wird als begründet erklärt und der Beklagte ist verpflichtet, an den Kläger zu bezahlen:

- a. 1500 Fr. als Entschädigung für bleibenden Nachteil,
 - b. 64 Fr. Lohnausfall,
 - c. 35 Fr. Heilungskosten,
- alles sammt Zins à 5 % vom 15. Mai 1893 an.



A. STAATSRECHTLICHE ENTSCHEIDUNGEN

ARRÊTS DE DROIT PUBLIC



Erster Abschnitt. — Première section.

Bundesverfassung. — Constitution fédérale.



I. Rechtsverweigerung. — *Déni de justice.*

42. *Sentenza del 16 luglio 1894 nella causa
Patriziato di Arbedo.*

A. Tra il comune ricorrente di Arbedo e la Camera economica di Bellinzona, composta dal patriziato di Bellinzona, da quello del comune limitrofo di Daro e dai patriziati di Ravecchia e di Montecarasso, vertì per una lunga serie di anni, dal 1825 in poi, una quistione di confine, detta quistione di Arbino. Detta quistione compromessa dapprima ma inutilmente ad un giudizio arbitramentale, formò oggetto nel 1872, 1873 e 1874 di diverse risoluzioni camerali, in seguito alle quali il comune di Arbedo sostiene che essa sia stata legalmente transatta ed evasa. I delegati dei comuni di Bellinzona, Ravecchia e Montecarasso dichiararono difatti colle risoluzioni suddette di accettare le proposte loro presentate dal comune di Arbedo in vista di un accomodamento bonale, se non che essendosi il comune di Daro rifiu-